

Nach den Aufbaujahren steht nun das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe zunehmend unter dem Einfluss der wellenartigen Bewegung der Konjunktur. So hat sich die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe zwar in der ersten Jahreshälfte gegenüber dem Vorjahreszeitraum noch kräftig und stärker als im früheren Bundesgebiet erhöht. Die Dynamik hat jedoch im Verlauf deutlich nachgelassen. Insbesondere die Konsumgüterhersteller haben weniger Wachstumsimpulse aus den Steuererleichterungen für die privaten Haushalte in Deutschland erhalten als ursprünglich erwartet worden war. Das gilt auch für den Handel. Zudem hat die nachlassende Investitionstätigkeit ihre Spuren bei den Herstellern von Ausrüstungsgütern in Ostdeutschland hinterlassen.

Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe, die der zukünftigen Produktion vorauslaufen, nehmen in der Tendenz kaum noch zu; die Geschäftsaussichten der Unternehmen gehen sogar zurück. Jetzt macht sich zunehmend die Konjunkturflaute im Ausland bemerkbar.

Im Baugewerbe, dessen Produktion in der ersten Jahreshälfte stark rückläufig war, wird sich die Abwärtsbewegung trotz Unterbrechung im Sommer im weiteren Verlauf des Jahres fortsetzen. Den Rückgang der Bauproduktion spüren weiterhin die baunahen Bereiche in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Anzeichen für eine Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in diesem Jahr gibt es derzeit nicht.

Die Wachstumspause in der gesamtwirtschaftlichen Produktion belastet den Arbeitsmarkt zusätzlich, und die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten zunehmen. Im Jahresdurchschnitt ist deshalb nicht mehr mit einer Verringerung der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Jahr 2000 zu rechnen, sondern mit einem Anstieg.

In dieser Situation Sonderprogramme zur Ankurbelung der ostdeutschen Wirtschaft aufzulegen, macht auch hier wenig Sinn. Die strukturellen Probleme⁴ wie die Unternehmenslücke insgesamt und der geringe Anteil von Großunternehmen, die überdimensionierte Bauwirtschaft, der Eigenkapitalmangel und die Rückstände bei Absatz, Marketing und Vertrieb sowie die strukturellen Defizite in Forschung und Entwicklung werden damit nicht überwunden, und die konjunkturelle Schwäche wird ohnehin in dem Maße wieder nachlassen, wie sich die Weltwirtschaft – und hier insbesondere die US-Wirtschaft – erholen wird. Insgesamt bleiben auch in diesem Jahr die eher konjunkturabhängigen Wirtschaftszweige in Ostdeutschland, d. h. der Unternehmenssektor ohne Baugewerbe, wegen ihrer gefestigten Wettbewerbsfähigkeit auf Expansionskurs. Im Jahr 2002 wird sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland beschleunigen.

*Arbeitskreis Konjunktur
(ldw@iw-halle.de)*

Konjunkturschwäche erreicht auch Mittel- und Osteuropa – Problemfall Polen

Auf Basis der gesamtwirtschaftlichen Daten im ersten Halbjahr 2001 zeichnet sich für Mittel- und Osteuropa mit insgesamt 3,2% für das Jahr 2001 ein deutlich abgeschwächtes Wirtschaftswachstum gegenüber dem Vorjahr mit 5,6% ab. Insbesondere die mitteleuropäischen Staaten sind stark von der anhaltend schwachen westeuropäischen Konjunktur betroffen. Hier wird das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nach 3,7% im Jahr 2000 nur noch 2,5% im Jahr 2001 betragen. Die im ersten Quartal 2001 noch beachtlichen Zuwachsraten der mittel-

europäischen Exporte waren in den letzten Monaten deutlich rückläufig. In den meisten Ländern können aber kräftige Steigerungen der Bruttoanlageinvestitionen und auch des privaten Konsums die Wachstumseinbußen durch den Außenhandel zu einem beachtlichen Teil kompensieren.⁵ Dies

⁴ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Neunzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 5/1999.

⁵ Die vorliegende Prognose wurde unmittelbar vor den Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten abgeschlossen. Die

Tabelle:
Entwicklung ausgewählter Indikatoren

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2000	2001	2002	2000	2001	2002	2000	2001	2002
Mitteuropa ^a	55,3	3,7	2,5	3,5	13,3	9,6	8,1	11,7	12,1	12,0
Polen	25,7	4,0	2,2	3,5	10,1	6,0	5,0	14,0	15,5	15,5
Tschechien	8,3	2,9	2,7	3,6	3,9	5,0	4,5	9,0	8,5	8,0
Ungarn	7,4	5,2	3,8	4,4	9,8	9,0	7,0	9,3	8,5	7,5
Rumänien	6,0	1,6	1,0	1,7	48,4	35,0	30,0	7,1	7,0	8,0
Slowakei	3,1	2,2	2,5	3,0	12,1	7,5	6,5	18,8	18,5	18,0
Slowenien	2,9	4,6	3,8	4,3	8,9	8,5	7,5	7,0	6,5	6,0
Bulgarien	1,9	5,8	3,2	3,8	10,4	7,0	4,5	16,8	16,0	15,5
Baltische Länder	3,8	4,9	4,4	4,7	2,1	2,4	2,3	14,6	14,0	13,0
Estland	0,8	6,9	4,5	4,7	4,0	6,0	5,0	13,7	13,0	12,0
Lettland	1,2	6,0	4,7	5,0	2,6	2,0	1,5	14,0	13,0	12,0
Litauen	1,8	3,3	4,2	4,5	1,0	1,0	1,5	15,4	15,0	14,0
Mitteuropa und Baltikum	59,1	3,8	2,6	3,6	12,6	9,1	7,7	11,9	12,2	12,1
Russland	40,9	8,3	4,0	3,0	20,8	20,0	15,0	10,4	9,5	8,5
Insgesamt ^a	100,0	5,6	3,2	3,3	16,0	13,6	10,7	11,0	10,6	9,9
<i>Nachrichtlich:</i> Exportgewichtet ^b		4,3	2,9	3,6						

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2000 in Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2000. - ^b Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 2000.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des IWH, 2001 und 2002; Prognose des IWH.

trifft auf Ungarn, die Tschechische Republik die Slowakei und Bulgarien zu, wo sich die Inlandsnachfrage besonders dynamisch entwickelte. Eine Ausnahme ist Polen, wo wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Verringerung des Risikos des Ausbruchs einer Finanzkrise getroffen worden waren, zugleich auch spürbar den privaten Verbrauch einschränken. Geringere Aufwendungen für Rohöl und für Nahrungsmittel werden 2001 in den Län-

dern Mittel- und Osteuropas zu einer deutlich niedrigeren Inflationsrate als im Jahr 2000 führen. Fortgesetzte Restrukturierungen und Inflexibilitäten auf den Arbeitsmärkten lassen in 2001 die Arbeitslosigkeit leicht ansteigen. Im Jahr 2002 wird die leichte Erholung der westeuropäischen Konjunktur und eine weiterhin lebhafte Inlandsnachfrage bei den EU-Beitrittskandidaten wieder zu einer stärkeren Expansion führen. Vor diesem Hintergrund wird sich die Inflation zurückbilden, während die Arbeitslosigkeit in etwa auf dem Vorjahresniveau verharren wird. In Russland werden in den Jahren 2001 und 2002 aufgrund der gefallenen Ölpreise und der realen Aufwertung des Rubel

Auswirkungen dieser Ereignisse auf die wirtschaftliche Entwicklung sind derzeit noch nicht abschätzbar. Die vorliegende Prognose behält ihre Gültigkeit, sofern die gesamtwirtschaftlichen Effekte nicht erheblich sind und es auf den Finanzmärkten nicht zu erhöhten Turbulenzen kommt.

keine Wachstumseffekte mehr vom Außenhandel ausgehen. Eine zunehmend breiter abgestützte Inlandsnachfrage und die Umsetzung wichtiger Reformvorhaben werden zu einem zwar abgeschwächten aber immer noch deutlichen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts führen.

Problemfall Polen

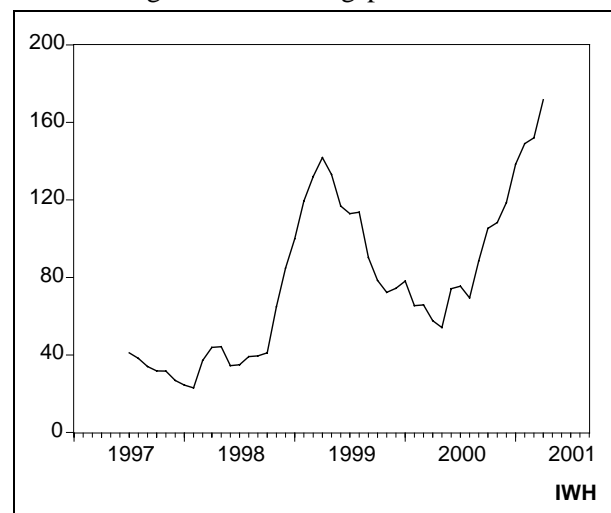
Für die EU-Beitrittskandidaten können aus der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung auch erhebliche Risiken für die finanzielle Stabilität und somit für den Beitrittsprozess zur EU als Ganzes erwachsen. Insbesondere in Polen hat die Wachstumsabschwächung im Zusammenspiel mit strukturellen Schwächen die Anfälligkeit für eine Finanzkrisen erhöht. Der IWH-Frühwarnindikator, der die Anfälligkeit von Ländern für Währungs- und Bankenrisiken misst, weist für Polen im ersten Halbjahr 2001 einen neuen Höchststand auf. Damit erscheint Polen von den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten zur EU am anfälligsten für eine Finanzkrise.

Der Ausbruch einer Finanzkrise würde die Chance auf einen baldigen EU-Beitritt erheblich erschweren. Neben der Verletzung der wirtschaftlichen Kopenhagener Beitrittskriterien, dürfte eine durch eine Finanzkrise induzierte Rezession in Polen aber auch die Übernahme und Anwendung des *Acquis communautaire* verlangsamen und notwendige Investitionen zur Umsetzung der EU-Vorgaben, z. B. im Bereich der Transport- und Umweltbereich hinauszögern. Ein möglicher Rückgriff auf durch den IWF gewährte Unterstützungskredite, ähnlich derjenigen für die Türkei oder Argentinien zur Überwindung der dortigen jüngsten Finanzkrisen, würde die Reife der polnischen Wirtschaft und ihre Beitrittsfähigkeit ernsthaft in Frage stellen.

Vor dem Hintergrund des relativ hohen Gefährdungspotenzials wurde der Zloty am 6. Juli 2001 erstmals seit der Russlandkrise das Ziel stärkerer spekulativer Attacken. Der Zloty wertete innerhalb weniger Tage um knapp 11% gegenüber dem Euro ab, was für einen floatenden Wechselkurs viel ist. Nach einer Kurskorrektur kam es in den darauffolgenden Wochen zu einer schleichenden Abwertung des Zloty.

Die Gründe für den Ausbruch der Spekulationen gegen die polnische Währung waren vielfältig: Die Bekanntgabe schwacher Handelszahlen für den Monat Mai, die Ausschöpfung des für das gesamte Jahr 2001 geplanten Budgetdefizits schon Ende Juni und Spekulationen im Zusammenhang mit den Entschädigungszahlungen für polnische NS-Zwangsarbeiter führten zu einer Verunsicherung der Marktteilnehmer. Ein weiterer Grund für die spekulative Attacke, der eng mit dem Haushaltsdefizit verknüpft ist, ist in dem aufgeschobenen Verkauf eines Aktienpaketes der Telekomunikacja Polska S.A. an France Telecom zu sehen. Neben den entgangenen Privatisierungserlösen bedeutete dies gleichzeitig, dass ein großer Teil der Nachfrage nach Zloty sich nicht – wie vielfach erwartet – realisierte. Damit wurde die polnische Währung anfälliger für eine Abwertungsspekulation. Diese Unwägbarkeiten wurden durch politische Unsicherheiten mit den Rücktritten zweier Minister in den beiden Tagen vor Beginn der spekulativen Attacke noch erhöht. Zusätzlich standen die emerging markets in Mittel- und Osteuropa generell noch unter dem Eindruck der Finanzkrisen in Argentinien und der Türkei. Auch wenn es im Juli 2001 in Polen noch nicht zum Ausbruch einer offenen und umfassenden Finanzkrise kam, unterliegt die polnische Volkswirtschaft nach wie vor einem hohen Risikopotenzial.

Abbildung:
Entwicklung des Gefährdungspotenzials in Polen



Anmerkung: Der Indikator ist normalisiert, wobei 1999:1 = 100 ist.

Quelle: Berechnungen des IWH.

Das gegenwärtig hohe Gefährdungspotenzial ist dabei auch Folge der verschiedenen geld- und währungspolitische Maßnahmen, die die polnische Wirtschaftspolitik seit Ende 1999 getroffen hat, um dem damaligen Risiko einer Finanzkrise zu begegnen. Vor dem Hintergrund eines seit 1998 stark gestiegenen Leistungsbilanzdefizits begann die Nationalbank im Herbst 1999 mit Zinserhöhungen zu reagieren, um die inländische Nachfrage zu dämpfen. Der Rediskontsatz wurde zwischen Oktober 1999 und August 2000 dabei von 15,5% auf 21,5% angehoben. Daneben gab die Nationalbank am 12. April 2000 das Crawling peg-Wechselkursystem auf und erklärte, den Zloty frei floaten zu lassen. Die erhöhte Flexibilität des Zloty sollte dabei die Möglichkeit spekulativer Attacken begrenzen. Die geldpolitische Straffung war durchaus erfolgreich in der Reduktion der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Das Defizit in der Leistungsbilanz betrug Ende 1999 noch 7,5% des BIP und fiel auf knapp 5% im April 2001.

Die Hochzinspolitik der Nationalbank hatte jedoch auch unerwünschte Effekte. Die Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität führte zu einem Anstieg der Risikopotenziale in anderen Bereichen. Im Zuge der schwachen inländischen und ausländischen Nachfrage verringerte sich das jährliche Wirtschaftswachstum von 6,2% im letzten Quartal 1999 auf 2,3% zu Beginn dieses Jahres. Da dem Staatshaushalt für das Jahr 2001 eine Wachstumsannahme für das BIP von 4,5% zugrunde lag, waren erhebliche Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Zusätzliche Ausgabenprogramme, auch in Vorbereitung des EU-Beitritts, erhöhten das Budgetdefizit noch weiter. Das hohe Realzinsniveau verschlechterte die Gewinn- und Liquiditätssituation der Unternehmen und erhöhte damit das Risikopotenzial für das Bankensystem. Bei einer variablen Verzinsung der Kredite fiel es den Unternehmen schwerer, ihre Kredite vollständig und pünktlich zu bedienen. Verschärft wurde die Situation dadurch, dass die schwächere Gesamtnachfrage den Absatz ihrer Produkte dämpfte und ihre Gewinne schmelzen ließ. In der Folge stieg der Anteil der Problemkredite an den Gesamtkrediten der Banken im letzten Halbjahr drastisch an.

In den kommenden Monaten ist mit einem weiteren Anstieg des Indikators, der im Rahmen des Frühwarnsystems des IWH ermittelt wird, zu

rechnen. Das deutet auf eine weitere Zunahme des Risikopotenzials hin. Durch die konjunkturelle Schwäche wird das Budgetdefizit weiter ansteigen, und die geringen Wachstumsaussichten in der Eurozone beeinträchtigen die Exportchancen polnischer Unternehmen. Die seit Juli zu beobachtende nominale Abwertung des Zloty gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner wird der Exportverlangsamung nur teilweise entgegenwirken. Insgesamt wird sich im Verlauf des weiteren Jahres der Außenbeitrag als wesentlicher Wachstumsimpuls der letzten anderthalb Jahre weiter abschwächen. In der Folge wird auch das Leistungsbilanzdefizit ansteigen.

Bei weiterhin hohen Realzinsen und fehlenden fiskalischen Impulsen wird sich die polnische Binnennachfrage nur verhalten entwickeln. Spärlich fließende Steuereinnahmen und bislang unzureichende Ausgabenkürzungen werden zu einer Verletzung der geplanten Budgetansätze führen. Zwar hatte sich die Regierung bereits im Juli auf eine Ausweitung des Budgetdefizit auf knapp 4% des BIP verständigt, doch wird mittlerweile ein Wert von mehr als 5% als realistisch angesehen. Bei bestehenden Ausgabenplänen könnte dieser Wert im Jahr 2002 sogar deutlich höher ausfallen. Die fiskalische Schiefelage wird einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen zur Sicherung der makroökonomischen Stabilität unumgänglich machen. Dringender wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf besteht auch bei der Geldpolitik. Trotz Senkung des Diskontsatzes durch die Nationalbank Ende August 2001 um 100 Basispunkte auf 17%, bleiben die Realzinsen aufgrund des Rückgangs der Inflationsrate auf einem unverändert hohen Niveau. Notwendig sind weitere Zinssenkungen, die tatsächlich in eine Senkung der Realzinsen münden.

Axel Brüggemann
(*bgn@iwh-halle.de*)

Thomas Linne
(*thl@iwh-halle.de*)